

Rede Bürgertag 12. Oktober 2017

Dr. Herlind Gundelach, MdB

Präses des Zentralausschuß

Hamburgischer Bürgervereine von 1886 r.V.

Anrede,

der diesjährige Bürgertag findet fast genau 12 Monate nach dem letzten Bürgertag statt.

In dieser Zeit ist viel geschehen, viel Positives, aber auch weniger Gutes und Erfreuliches.

Ich möchte heute anknüpfen an meine Rede aus dem letzten Jahr, denn einige der darin beschriebenen Erscheinungen haben sich in den letzten 12 Monaten leider verstärkt.

Ich habe damals gesprochen davon, dass unsere Gesellschaft sich zunehmend spaltet in Anhänger einer offenen und Anhänger einer geschlossenen Gesellschaft, in Anhänger des sich Abschottens von der Welt

Vor ca. 3 Wochen war die Bundestagswahl und zuvor im Sommer haben uns in Hamburg der G 20 Gipfel und seine Begleitumstände beschäftigt

Hier stellt sich die Frage: Was haben die beiden Ereignisse miteinander zu tun?

Viel, und auch übrigens die Abstimmung zu den Olympischen Spielen, denn die gemeinsame Aussage aller Ereignisse ist:

Wir haben Angst und wollen uns daher lieber abschnitten vor zu viel Neuem, Ungewohnten, Unbekannten und Fremden, vor den Folgen der Globalisierung und Europäisierung, deren positive wirtschaftliche Ergebnisse wir jedoch nur allzu gern mitnehmen.

Wir wollen unser Land und unsere Stadt keinen Veränderungen aussetzen.

Auch die gerade aufgeflammete Diskussion „Will Hamburg Weltstadt sein?“ passt in dieses Bild.

Nur so ist auch unsere oftmals gesplante Haltung zu den Flüchtlingen zu erklären, im Plural als „Die Flüchtlinge“ bleiben sie Gott sei Dank anonym und sollen möglichst schnell unser Land wieder verlassen oder abgeschoben werden, im Singular, wenn es um das Einzelschicksal geht, sieht das meist anders aus. Hier berufen wir uns auf das Gebot der Nächstenliebe, setzen uns für Unterkunft und Ausbildung ein und wollen jede Abschiebung verhindern. Das Schwierige dabei ist nur: Probleme stellen sich immer im Konkreten.

Der Antagonismus „offene gegen geschlossene Gesellschaft“ ist aber nur eine Seite des Problems.

Hinzu kommt noch eine zweite, die unsere Gesellschaft ebenso zu splitten droht, und zwar in diejenigen, die unser parlamentarisch-demokratisches System und den ihn tragenden Rechtsstaatsgedanken anerkennen, und diejenigen, die es in Frage stellen, schwächen, ja sogar abschaffen wollen.

Gerade für letzteres haben uns die Ereignisse um den G20 Gipfel viele Beispiele und Beweise gegeben.

Was heißt das nun für uns alle, müssen wir uns damit abfinden? Ich sage hier ein klares Nein, nicht zuletzt aus den Erfahrungen unserer Geschichte heraus.

Was aber ist zu tun und wer muss etwas tun? Ist es nur die Politik, oder sind nicht auch wir als Gesellschaft gefragt?

Die Politik trägt zweifellos Verantwortung und muss sie auch wahrnehmen.

Vor uns liegt eine schwierige Phase der Regierungsbildung, das Resultat der Wahlen mag vielen nicht gefallen, aber das Volk ist der Souverän, nicht die Politik, nicht die Abgeordneten. Wir können nicht so lange wählen, bis uns das Resultat passt.

Deswegen ist es ein falscher Ansatz für eine Partei zu sagen, wenn ich mich in einer Koalition nicht verwirklichen und nicht alle meine Ziele erreichen kann, mache ich nicht mit.

Demokratien in der Moderne sind Parteiendemokratien. Und unsere Parteien haben den Auftrag, den Interessensausgleich in der Gesellschaft zu organisieren. Deswegen sind Parteiendemokratien in der Regel auch sog. repräsentative Demokratien. Und das ist etwas anderes als eine direkte Demokratie, denn hier gibt es kein imperatives Mandat.

Ja das Gute an der repräsentativen Demokratie ist es gerade, dass die Abgeordneten im Bewusstsein ihrer eigenen Grundüberzeugungen

und des Wollens ihrer Wähler um Lösungen ringen, die dann hoffentlich nicht nur Formelkompromisse sind, sondern tatsächliche Lösungen.

Dies wird jedoch immer schwieriger, je mehr sich unsere Gesellschaft im Zuge ihrer Individualisierung in zahlreiche Sub- und Kleinmilieus ausdifferenziert und sich dies auch in einem zunehmend ausdifferenzierten Parteienspektrum widerspiegelt.

Denn nun droht die Gefahr, dass sich die Protagonisten dieser Parteien schon bei der Forderung nach einer geringen Abweichung vom individuell maßgeschneiderten Programm, wie sie in Koalitionsgesprächen nicht zu vermeiden ist, weiteren Gesprächen verweigern, weil man sein eigenes „untadeliges Erscheinungsbild“ nicht gefährden will. Dies führt aber unweigerlich zur Selbstblockade, und damit zur Blockade von Politik. Demokratie lebt aber vom Kompromiss und nicht von der reinen Lehre.

Genau diese Blockade dürfen wir im Interesse unsres Gemeinwesens nicht zulassen. Daher appelliere ich an alle Beteiligten, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein. Damit meine ich aber nicht nur die Politiker, sondern auch die Tausende und Abertausende in den sozialen Medien, die meinen, jede noch so unausgegorene Idee in die Welt hinausblasen zu müssen und dafür möglichst viele Likes zu erhaschen. Auch der Bürger trägt in einer Demokratie Verantwortung, wie das griechische Wort demos = Volk schon nahelegt.

Das heißt konkret, auch wir Bürger sind nicht aus dem Schneider. Nein, ganz im Gegenteil: Es ist unsere Aufgabe, im Kleinen, d.h. im Bezirk und in den Stadtteilen den Boden für die Ermöglichung solcher Kompromisse aufzubereiten. D.h. auch wir müssen uns vor unserer

Haustür um ein gutes gesellschaftliches Miteinander bemühen, d.h. auch wir müssen integrieren und nicht segregieren, spalten.

Und da stellt sich schon die nächste Frage. Gibt es noch das Wir, wir Deutsche, wir Hamburger?

Lassen Sie mich hier den Bundespräsidenten zitieren, der in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit gesagt bzw. gefragt hat:

Ich zitiere: „Wer ist das eigentlich – „wir Deutsche“? Heute, am 3. Oktober stellen wir fest: Ja, die deutsche Einheit ist politischer Alltag geworden. Die große Mauer quer durch unser Land ist weg. Aber am 24. September wurde deutlich: Es sind andere Mauern entstanden, weniger sichtbare, ohne Stacheldraht und Todesstreifen – aber Mauern, die unserem gemeinsamen „Wir“ im Wege stehen.

Ich meine die Mauern zwischen unseren Lebenswelten: zwischen Stadt und Land, on-line und offline, Arm und Reich, Alt und Jung – Mauern, hinter denen der eine vom anderen kaum noch etwas mitbekommt.

Ich meine die Mauern rund um die Echokammern im Internet; wo der Ton immer lauter und schriller wird und trotzdem Sprachlosigkeit um sich greift, weil wir kaum noch dieselben Nachrichten hören, Zeitungen lesen, Sendungen sehen.

Und ich meine die Mauern aus Entfremdung, Enttäuschung oder Wut, die bei manchen so fest geworden sind, dass Argumente nicht mehr hindurchdringen.

Hinter diesen Mauern wird tiefes Misstrauen geschürt gegenüber der Demokratie und ihren Repräsentanten, dem sogenannten „Establishment“, zu dem wahlweise jeder gezählt wird außer den selbsternannten Kämpfern gegen das Establishment.“

Verstehen und verstanden werden, das sind die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens und unseres Zusammenhalts. Das ist die auch Grundbefindlichkeit von Heimat, und Heimat ist wahrlich nicht von gestern, ganz im Gegenteil. Heimat erfährt eine Renaissance, Gott sei Dank aber nicht im deutschtümelnden Sinne des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, den Heinrich Heine einmal so beschrieben hat:

„Der Patriotismus des Deutschen besteht darin, dass sein Herz enger wird, dass es sich zusammenzieht wie Leder in der Kälte, dass er das Fremdländische hasst, dass er nicht mehr Weltbürger – hier verweise ich nochmal auf die derzeit laufende Diskussion in unserer Stadt –, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will.“

Nein, so wollen wir die Liebe zu unserem Land, die Liebe zur unserer Heimat nicht verstehen, sondern im Sinne einer festen Verwurzelung, die Halt gibt, um auch stürmische Veränderungen erfolgreich zu überstehen.

Nur wer sein eigenes Land und die eigene Kultur liebt, besitzt die ruhige Gelassenheit, das Geborgenheitsgefühl, das ihm erlaubt, seine Sinne, sein Herz, seinen Kopf für Anderes, Neues, Fremdes zu öffnen.

Heimat ist im 21. Jahrhundert übrigens auch nichts Singuläres, sondern Heimaten kann man heute mehrere haben. Dazu müssen wir nur die zahlreichen Bürger mit ausländischen Wurzeln in unserem Land

fragen, die sich hier integriert haben, die sich als Deutsche fühlen, die aber dennoch zugleich stolz auf ihr Herkunftsland sind und auch das immer noch als ihre Heimat empfinden.

Heimat ist der Ort, an dem das Wir – um noch einmal den Bundespräsidenten zu zitieren – Bedeutung bekommt, denn Heimat entsteht nur im gesellschaftlichen Miteinander, im gemeinsamen Diskurs, im gemeinsamen Gestalten bzw. der Mitwirkung am Gestalten.

Und da bin ich bei uns, den Heimat- und Bürgervereinen, die ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert haben und deren Gründungsanliegen es ganz gewiss nicht war, die Heimat zu konservieren, sondern sie wollten sie gestaltend bewahren und für die Zukunft entwickeln.

Oder um Goethe zu zitieren: „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“

Exkurs: Als Präsidentin des Dachverbandes aller Bürger- und Heimatvereine in Deutschland mit rund 500.000 Mitgliedern, dem inzwischen auch wieder der Zentralausschuss angehört, begrüße ich es übrigens außerordentlich, dass wir heute das Wort Heimat wieder in den Mund nehmen können, ohne diskreditiert, ohne in die rechte Ecke gestellt zu werden. Daran arbeite ich jetzt seit fast zwei Jahrzehnten.

Aber auch wir in den Bürgervereinen gehören allzu häufig zu denen, die an dem Liebgewonnenen festhalten wollen, Veränderungen scheuen. Liegt aber nicht genau hier auch unser Problem der zunehmenden Überalterung. Sind wir noch interessant für jüngere Menschen, die ihre Umgebung unter ganz anderen Bedingungen gestalten müssen als wir vor 40 oder gar 50 Jahren. Und diese Bedingungen

sind heute bestimmt nicht einfacher als damals, unter materiellen Gesichtspunkten vielleicht, denn unser Land war durch die Folgen des Krieges zerstört und allen ging es mehr oder weniger gleich schlecht.

Nein, die Bundesrepublik müssen wir nicht mehr aufbauen, die Herausforderungen heute liegen in der Internationalisierung und Digitalisierung nahezu sämtlicher Lebens- und Arbeitsbereiche, über deren Ausmaß wir uns vermutlich noch gar kein Bild machen können, die aber in einem hohen Maß Unsicherheit schaffen, bei denen, die noch mitten im Berufsleben stehen, aber auch bei denen, die erst am Anfang sind.

Und das alles passiert in einer Bundesrepublik, in der eben nicht mehr alle vermeintlich gleich sind, sondern in der sich in den letzten 70 Jahren unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen und Schichten herausgebildet haben. Man auch sagen: Wir sind angekommen in der Normalität der übrigen Staaten.

Es nützt also nicht, den angeblich so schönen 50er oder 60er Jahren des letzten Jahrhunderts nachzuweinen, sondern wir Bürger müssen uns darum kümmern, dass es vor Ort, im Kleinen funktioniert, dass demjenigen geholfen wird, der Hilfe benötigt, aber nicht unbedingt dem, der am lautesten schreit. Wir müssen uns darum kümmern, dass unsere Stadtteile lebens- und liebenswert gestaltet sind. Wir müssen uns darum kümmern, dass niemand vereinsamt, weil die Kinder weggezogen sind oder ein Ehepartner verstorben ist oder weil man erst vor wenigen Jahren fremd in die Stadt gekommen ist.

Das ist unsere Aufgabe, und die machen wir in der Regel im Ehrenamt.

Lassen Sie uns gemeinsam dazu beitragen, dass wir in diesem Sinne Veränderungen zulassen, dass wir wieder Mut zur Zukunft haben.

Wenn es uns Älteren gelingt, in diesen schwierigen Veränderungsprozessen die Jungen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, dann ist mir auch um die Zukunft unserer Bürgervereine nicht bange, aber auch nur dann.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

